

Protokoll zur Diskussion über das Referat von Klaus im AK Grundlagen am 19.11.2014 über die Macht der Wirtschaft und wie sie demokratisch werden kann

Das Manuskript des Referats wird Klaus (nach Ergänzungen) noch rumschicken.

Protokoll: Jochen

Kernaussage des Referats (aus der Einladung):

„Die Demokratie zeichnet sich gegenüber anderen Formen politischer Herrschaftssysteme insbesondere durch ein Instrumentarium aus, das einen (möglichst) gleichberechtigten Interessenausgleich ermöglicht. Damit wird es möglich, Interessenskonflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen. Das Regelwerk demokratischer Systeme nimmt jedoch bisher den Bereich der Wirtschaft mehr oder weniger aus.

Dies führt zu einer Konzentration von Einkommen und Vermögen und damit zu einer einseitigen Verteilung von Macht, die aus der stetig wachsenden Verfügungsgewalt über die Ressourcen resultiert. Die sich daraus ergebende einseitige Machtverteilung unterhöhlt letztendlich auch das System der (politischen) Demokratie.

Ist es möglich, auch wirtschaftliche Macht mit einem Regelwerk zu kontrollieren, das einen gleichberechtigten Interessenausgleich ermöglicht? Dies soll anhand von Vorschlägen der Solidarischen Ökonomie ausgelotet werden, die das Eigentum und die Mitbestimmung in Unternehmen betreffen.“ (die Vorschläge sind angelehnt an das Buch „Kapitalismus – und dann?“ aus dem oekom-Verlag).

Worin besteht die Macht der Wirtschaft?

Klaus führt im Referat aus: die Macht der Wirtschaft liegt vor allem in ihrer Möglichkeit, über Kapital (Fabriken, Maschinen...) zu verfügen und über Neuinvestitionen zu entscheiden. Die Mittel für Investitionen kommen aus dem erwirtschafteten Gewinn nach Abzug aller Kosten einschließlich der Steuern. Vom Umgang mit Kapital in bestehenden Unternehmen und von Investitionen in neue Standorte hängen Arbeitsplätze und Einkommen der abhängig Beschäftigten ab. Durch die (explizite oder stillschweigende) Drohung, den Produktionsstandort zu verlagern oder – das gilt für die großen Anteilseigner – Kapital abzuziehen und dorthin zu verlagern, wo die Investitionen die höchsten Renditen bringen, können Kapitaleigner eine ungeheure Macht auf demokratisch gewählte Politiker ausüben.

Je größer die umgesetzte Gütermenge und je höher die Gewinne, desto größer wird die Macht des jeweiligen Unternehmens. Der Anteil derjenigen in der Gesellschaft, die über ihre Eigentumsrechte bestimmen, was in der Wirtschaft passiert, ist ca. 1% bis maximal 5%.

Aus der Diskussion:

Die Unternehmen sind in den meisten Fällen gezwungen, im Rahmen der an ihrem Standort geltenden Gesetze möglichst gute Renditen zu erwirtschaften, um im (globalen, nationalen oder lokalen) Wettbewerb bestehen zu können. Nur sehr erfolgreiche Unternehmen, die nicht um ihre Wettbewerbsposition fürchten, können es sich leisten, über die gesetzlichen Anforderungen hinaus soziale und ökologische „Sonderleistungen“ zu erbringen, also Dinge zu tun, die ihre Gewinnerwartung nicht erhöhen oder sogar schmälern.

Um bei global offenen Märkten (Freihandel, freier Kapitalverkehr) im globalen Standortwettbewerb den eigenen Unternehmen Vorteile zu verschaffen bzw. sie von Wettbewerbsnachteilen zu verschonen, neigen die Regierungen dazu, soziale und ökologische Regeln, die die Gewinnaussichten schmälern, abzubauen, z.B. Unternehmenssteuern zu senken, Arbeitnehmerrechte einzuschränken und hohe Einkommen durch einen niedrigen Spitzensteuersatz zu begünstigen (Steuerdumping und Absenken von Standards als Folge der neoliberalen Globalisierung). Das Ziel, den Wirtschaftsstandort zu stärken, wird von der Politik vorrangig angestrebt - zu Lasten von Zielen des Gemeinwohls.

Je weniger der Staat an Steuern einnimmt, desto mehr ist er gezwungen, bisher in staatlicher Hand befindliche Aufgaben zu privatisieren (Beispiel Bahn, Public-Private-Partnerschaft PPP beim Infrastrukturausbau, Energie- und Wasserversorgung, Gesundheit, Bildung).

Die aufgezeigten Entwicklungen sind Ausdruck eines Machtmissbrauchs von Unternehmern. Dieser Machtmissbrauch ist dann gegeben, wenn der von den Unternehmen gelenkte Einsatz von Kapital allein im Interesse des eigenen Unternehmens (Expansion, Wachstum) liegt und gegen die Interessen der Mehrheit verstößt.

Warum wird die nicht demokratisch kontrollierte Macht der Wirtschaft in der Bevölkerung so wenig in Frage gestellt?

Unternehmen werden als Wohltäter gesehen und umworben, weil sie Arbeitsplätze und Einkommen bringen bzw. für ihren Bestand sorgen. Sie zahlen Unternehmenssteuern an den Staat bzw. ermöglichen ihren Beschäftigten, Einkommenssteuern zu bezahlen. Davon können Sozialleistungen bezahlt und sonstige staatliche Aufgaben erfüllt werden.

Durch die Privatisierung der Altersvorsorge agieren die entsprechenden privaten Versicherungen auf dem Finanzmarkt. Die Einlagen dieser und anderer „institutioneller Anleger“ (Finanzinstitutionen, die das Geld des „kleinen Mannes“ für dessen Schutz vor Not durch Krankheit, Erwerbslosigkeit und/oder Rentenalter und sonstige Risiken verwalten) sind durch eine Finanzkrise (Bankenkrach) bedroht. Die Regierungen sahen sich deshalb in der (noch nicht überwundenen) Finanzkrise gezwungen, mit Steuergeldern Banken zu retten, die sich verzockt hatten. Auch andere Gründe wurden für die Bankenrettung angeführt: Abwenden der Gefahr einer „Kreditklemme“ (als Folge eines Zusammenbruchs des Bankensystems), die dazu geführt hätte, dass zahlreiche von Krediten abhängige Unternehmen in Konkurs gehen müssen mit entsprechenden Folgen für die Arbeitsplätze (Szenario des Wirtschaftszusammenbruchs).

Bei der Güterproduktion werden oft die Interessen der Unternehmen gleichgesetzt mit denen der Konsumenten: niedrige Preise mittels niedriger Löhne (besonders in den Entwicklungsländern) erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit (und Gewinne) des global agierenden Unternehmens und liegen gleichzeitig im Interesse der sparsamen Konsumenten, die auf diese Weise billig einkaufen können.

Mythos der „Leistungseliten“: Einige wenige Familien beherrschen einen sehr großen Teil der Wirtschaft. Sie gehören zu dem einen Prozent derer, die über mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens in Deutschland verfügen. Der Mythos besagt, dass diese Menschen besondere Fähigkeiten und Leistungen vorzuweisen haben, dass sie sich also dieses Vermögen „verdient haben“. Wie läuft es wirklich? Der ganz große Reichtum und die Macht der Wenigen hat weniger mit Leistung und mehr mit

Erbschaft und „Vitamin B“ zu tun. Man kennt sich untereinander – und trifft sich auf dem Golfplatz oder auf der Yacht oder in Elitezirkeln, um sich abzusprechen. Die Entscheidungen (die Planung und die Abwägung von Risiken und Nebenwirkungen von Investitionen) werden von den unteren Rängen vorbereitet. Die Fachkompetenz liegt also außerhalb des Kreises der Kapitaleigner.

Wie kann die Wirtschaft demokratisch gemacht werden?

Die These des Referats: Nur wenn die Beschäftigten eine gewichtige Möglichkeit der Mitsprache haben, können die einzelnen Unternehmen quasi „von innen heraus“ dazu gebracht werden, sich sozial und im Sinne des Gemeinwohls zu verhalten – auch im Hinblick auf ihre Investitionsentscheidungen.

Vorschlag aus dem Referat: Durch „Wirtschaftsräte“ sowohl innerhalb der einzelnen Unternehmen als auch – wenn überbetriebliche Angelegenheiten berührt sind – durch untereinander vernetzte Wirtschaftsräte auf der Ebene von Kommunen, Bundesländern und Bundesrepublik kann gewährleistet werden, dass alle wirtschaftlichen Entscheidungen im Sinne eines gleichberechtigten (demokratisch legitimierten) Interessenausgleichs getroffen werden. Die außerbetrieblichen Wirtschaftsräte geben den Unternehmen Rahmenbedingungen vor, die für einen kooperativen Wettbewerb (ohne Dumping-Anreize) sorgen.

Um die Wettbewerbsnachteile auszugleichen, die durch die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Belange entstehen, sollen nach der „Gemeinwohlbilanz“ (nach Felber) die gemeinnützigen Leistungen bewertet und gemäß den Ergebnissen dieser Bewertung durch entsprechende Steuernachlässe „belohnt“ werden.

Auf diese Weise könne eine zugleich demokratische und solidarische Ökonomie entstehen. Demokratisch wird die Wirtschaft dadurch, dass in die wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse die Interessen der Bevölkerung – auch der nicht im Betrieb Beschäftigten – gleichberechtigt integriert sind, nämlich durch die Wirtschaftsräte innerhalb und außerhalb der Unternehmen. Nachhaltigkeit und Solidarität wird durch die Einbeziehung der „externen Kosten“ in die Berechnung der Unternehmenssteuern gewährleistet.

Die Kapitaleigner würden durch dieses Vorgehen nicht demotiviert, weil sie erstens am Erreichen des Unternehmenszwecks (zusammen mit den anderen gesellschaftlichen Gruppen) mitwirken können, zweitens ihr Geld für spätere Zwecke anlegen können (im ihrem eigenen Unternehmen oder zinslos auf Banken mit Inflationsausgleich) und drittens an der Auszahlung des Überschusses (Unternehmensgewinns nach Abzug der Investitionskosten) beteiligt sind. Hier wird unterstellt, dass für viele Menschen die Sinnstiftung ihres Handelns eher intrinsisch (Belohnung durch das eigene Gefühl, etwas Sinnvolles zu tun) als extrinsisch erfolgt über monetäre Belohnung: Anhäufung von Kaufkraft für Dinge, die keinen Sinn stiften können, sondern eher die Funktion haben, das Gefühl von Sinnlosigkeit zu betäuben.

Aus der Diskussion:

Es wird zunächst festgestellt, dass Vieles von dem, was die „Wirtschaftsräte“ leisten sollen, auch heute schon geschieht: die Mitsprache der Beschäftigten erhöhe die Arbeitsmotivation und liege damit auch im Interesse des Unternehmers, wie zahlreiche Beispiele zeigten. Bei Entscheidungen über Investitionen lägen die Interessen der Unternehmer und der Beschäftigten oft sehr dicht beieinander, weil es um die Erhaltung und Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit geht, die alle

(unabhängig von ihrer Funktion) im Unternehmen wollen. Die Beschäftigten wollen ihre Arbeitsplätze und ihr Einkommen behalten.

Auch die Mitsprache von Betriebsräten und Gewerkschaften und verbindliche Vorgaben durch Gesetze/ Behörden gäbe es schon. Dadurch werde aus überbetrieblicher Sicht dafür gesorgt, dass im Interesse der Bevölkerungsmehrheit soziale und ökologische Belange berücksichtigt werden (Stichwort: Rechts- und Sozialstaat als Rahmen für die Marktwirtschaft).

Es wird die Frage aufgeworfen, ob es nicht besser wäre, die im Ansatz vorhandenen wenn auch ungenügenden Gesetze und Verfahren zur Berücksichtigung sozialer und ökologischer Belange weiterzuentwickeln statt völlig neue Vorgehensweisen (Handlungssysteme) zu etablieren. Denn es sei denkbar, dass die Motivation und Risikobereitschaft von Firmengründern und anderen privaten Kapitaleignern mit dem neuen „Handlungssystem“ zur Begrenzung der unternehmerischen Macht drastisch nachlässt, weil ihre Aussicht auf sehr hohe monetäre Belohnung schwindet. Die Annahme sei unrealistisch, dass den Unternehmern die intrinsische Motivation ausreiche.

Der Wirtschaftsraum wird angesprochen, innerhalb dessen einheitliche Regeln für den Wettbewerb wirksam werden können. Das Gebiet einer einzigen Nation sei – zumindest in Europa – zu klein, um global agierenden Unternehmen einen wirksamen Wettbewerbsrahmen vorgeben zu können, der sie zwingt, demokratisch beschlossene Rücksichten auf soziale und ökologische Belange auch dann zu nehmen, wenn diese die Gewinnaussichten schmälern. Eine solche „Zähmung“ von großen Unternehmen sei nur in einer Großregion wie Europa denkbar, weil hier politischer Druck ausgeübt werden kann – mit der Drohung, solchen Unternehmen den großen Absatzmarkt Europa zu entziehen, die sich nicht an die Regeln halten. Eine Flucht des Kapitals in Regionen, die mit niedrigen Steuern und Standards locken, könnte ein Riegel vorgeschoben werden.

Bezweifelt wird, ob durch die Wirtschaftsräte die Transparenz erhöht werde, wo und inwieweit Aspekte des Gemeinwohls in die wirtschaftlichen Entscheidungen einfließen. Es gehe ja um hunderttausende Betriebe. Lassen sich nach der Methode Felber die Kriterien für die Bewertung der sozial und ökologisch erwünschten, über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehenden Handlungen so weit objektivieren, dass alle Unternehmen im Hinblick auf mögliche Steuernachlässe gleich behandelt werden – ohne Bevorzugung oder Benachteiligung? Es gibt bereits im Hinblick auf Energieeinsparung und Umweltschutz das sog. Audit-Verfahren, das entsprechende betriebliche Maßnahmen bewertet. Allerdings dienen diese Bewertungen lediglich der Selbstkontrolle der Unternehmen und ihrer Außendarstellung. Ihre Ergebnisse haben keine Auswirkungen auf die Höhe der Steuern.

Andere Diskussionsteilnehmer unterstützen stark die Idee der mit vielen Kompetenzen ausgestatteten Wirtschaftsräte als „Steakholder für alles Wichtige“ (Zukunft, Rücksicht auf die Mitgeschöpfe, Solidarität - andere Werte als die rein materielle Versorgung) als wesentlichen Fortschritt gegenüber den bisher üblichen Formen der Mitbestimmung in und außerhalb von Unternehmen. Es wird das Buch mit dem Titel „Das dienende Geld“ (oekom-Verlag) empfohlen.

Andere Teilnehmer bezweifeln, dass sich eine bessere Moral über demokratische Mehrheitsentscheidungen durchsetzen lasse. Mehrheiten würden sehr oft das auf rein materielle Vorteile fixierte Interesse widerspiegeln.

Was heißt „kooperativer Wettbewerb“? Damit sollen keine Unternehmen in den Konkurs getrieben werden, sondern der Wettbewerb soll eher als sportliches Kräftemessen ablaufen. Einwand: Wenn durch Misswirtschaft oder andere Versäumnisse oder durch zu wenige oder falsche Investitionen ein von Wirtschaftsräten begleitetes/ kontrolliertes/ beratenes/ gelenktes Unternehmen in Konkurs zu gehen droht und Leute entlassen werden müssen, seien Härten unausweichlich. Dann würden wohl nur selten alle Beschäftigten im Sinne der Solidarität auf Teile ihres Gehalts verzichten wollen, um die notwendige Verringerung der Arbeitskosten auch ohne Entlassungen erreichen zu können. Oft werde der Erfolg eines Unternehmens weniger von besonders hoher Moral der Betriebslenker und mehr von besonders gut informierten und erfahrenen Experten abhängen.

Von einem Teilnehmer wird bemängelt, dass im Referat das komplexe Thema Demokratie auf die Mitbestimmung der Wirtschaftsräte beschränkt worden sei. Darauf wird geantwortet, dass die umfassende Beschäftigung mit diesem Thema in früheren Referaten und Diskussionen im AK Grundlagen bereits erfolgt sei.

Die Befürworter des Konzepts der Wirtschaftsräte sind überzeugt: Auch wenn die neuen Wege, die mit dem Konzept der „demokratischen und solidarischen Ökonomie“ beschränkt werden sollen, heute als utopisch und nicht durchsetzbar erscheinen, so ist die heutige sehr unbefriedigende Machtstellung der Wirtschaftselite nicht hinnehmbar. Das Prinzip der Demokratie (Interessenausgleich durch gleichberechtigte Teilnahme an den Entscheidungen) sei unteilbar und müsse daher auch auf die Wirtschaft ausgeweitet werden. In Zeiten des Feudalismus sei es auch schwer vorstellbar gewesen, dass sich die heute selbstverständliche Idee der parlamentarischen Demokratie durchsetzen werde.

In den nächsten Sitzungen, wenn andere Aspekte und Bedingungen einer menschenfreundlichen Wirtschaft thematisiert werden, wollen wir auf das Referat von Klaus und die Diskussion darüber Bezug nehmen.